

KONSEQUENT SOZIAL!

Aktionsprogramm
für einen Politikwechsel
in Schleswig-Holstein



DIE LINKE.

DIE LINKE.Schleswig-Holstein
Sophienblatt 19
24103 Kiel
Telefon: 0431/73 77 01
Telefax: 0431/73 77 04
E-Mail: info@linke-sh.de

www.die-linke-schleswig-holstein.de

Presserechtlich verantwortlich: Cornelia Möhring
Satz & Gestaltung: Gerd Siebecke
Druck: Idee, Satz & Druck

KONSEQUENT SOZIAL! für Schleswig-Holstein



Aktionsprogramm für einen Politikwechsel

DIE LINKE wird sich im Landtag konsequent gegen Sozialabbau und Armut, für Arbeit und Bildung, für den Schutz der Natur und für soziale Gerechtigkeit einsetzen. In Schleswig-Holstein ist heute jeder Zehnte von Hartz-IV betroffen. Die einen, weil sie über lange Zeit keine Arbeit finden, die anderen, weil sie zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen und trotz Arbeit auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind.

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise spitzt sich die soziale und wirtschaftliche Misere weiter zu. Diejenigen, die schon bisher von der etablierten Politik ins Abseits gestellt wurden, leiden am stärksten unter der Krise. Immer mehr Arbeitsplätze sind bedroht. Die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter steigt, die Löhne und Gehälter fallen. Bedrückend ist die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die Grundsicherungsleistungen beziehen, weil sie von ihrer Rente allein nicht leben können. Gerade in dieser Zeit ist der Staat gefordert, schützend und helfend einzugreifen. Doch die bisher im Landtag vertretenen Parteien riskieren lieber den Bankrott des Landes und scheren sich nicht um die Sorgen und Nöte vieler Menschen. Wir wollen uns dem entgegenstellen.

- Wir werden einen Schutzschirm für die Menschen in Schleswig-Holstein aufspannen.
- Wir werden es nicht hinnehmen, dass in Schleswig-Holstein Kinder hungrig in den Schulen sitzen.
- Wir werden uns nicht damit abfinden, dass in Schleswig-Holstein zigtausende Menschen keine Arbeit haben.
- Wir werden uns dagegen wehren, dass die Bildungschancen der Kinder vom Einkommen der Eltern bestimmt werden.

Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Das Aktionsprogramm der LINKEN ist ein realisierbarer Einstieg in eine andere Politik.

4 **Gegen Armut und soziale Spaltung – Hartz IV muss weg und ein Investitionsprogramm her**

DIE LINKE im Landtag wird beantragen, dass die Beseitigung der Armut als Staatsziel in die Verfassung des Landes aufgenommen wird.

DIE LINKE im Landtag wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, die soziale Spaltung und wachsende Armut zu bekämpfen. Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist ein Landesarbeitsmarktprogramm dringend erforderlich:

**Sozial-
ökologisches
Investitions-
programm**

→ DIE LINKE im Landtag wird ein Investitionsprogramm in Höhe von 3,5 Milliarden Euro pro Jahr zur Schaffung von 70.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen fordern. Die Mittel sollen vor allem in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit, in eine ökologische Landwirtschafts- und Verkehrspolitik sowie den sanften Tourismus und den Klimaschutz investiert werden. Zudem werden wir für eine ökologische Neuausrichtung des zivilen Schiffbaus eintreten.

**Öffentliche
geförderte
Beschäfti-
gung**

→ DIE LINKE will den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit regulären, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, von denen man leben kann. Diese sollen im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich geschaffen werden und die entwürdigenden Ein-Euro-Jobs (in Schleswig-Holstein gibt es ca. 12.000 davon) ersetzen.

**Arbeitszeit-
verkürzung**

→ Die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und eine Initiative zur Lohnangleichung von Frauen und Männern sind weitere Schritte, die wir einfordern werden. Wir wollen eine angemessene Bezahlung im öffentlichen Dienst, die den gewachsenen Anforderungen endlich gerecht wird.

**Überstunden-
abbau**

→ DIE LINKE will die Arbeitsbelastungen der Beschäftigten durch den Abbau von Überstunden verringern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen voranbringen.

Gute Arbeit

→ Die Arbeitsmarktpolitik von Bund, Land und den Kommunen muss koordiniert und verbessert werden. Dann können auch klassische Instrumente der Beschäftigungspolitik genutzt werden. DIE LINKE kämpft für gute Arbeitsplätze mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und mit einer tarifgebundenen Entlohnung, die zum Leben reicht.

**10 Euro
Mindestlohn**

→ Die LINKE im Landtag wird beantragen, öffentliche Aufträge nur noch an Firmen zu vergeben, die mindestens ortsübliche Tariflöhne zahlen und das nicht unter einem Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde. Leiharbeit lehnen wir ab.

**Genossen-
schaften
fördern**

→ DIE LINKE im Landtag wird sich dafür einsetzen, dass die Förderung von Zusammenschlüssen kleiner Betriebe im ländlichen Raum und im Touristikbereich daran gebunden wird, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, die Zahlung von Mindestlöhnen zu sichern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern. Wir wollen lokale Genossenschaften unterstützen und deren Förderungsbedingungen verbessern.

Die Schleswig-Holstein-Karte soll allen Kindern, Seniorinnen, Senioren und Bezieherinnen und Beziehern geringer Einkommen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Das bedeutet die unentgeltliche Nutzung des ÖPNV und öffentlicher Sport-, Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Schleswig-Holstein-Karte

→ Die LINKE im Landtag wird sich für den Einstieg in einen für alle Menschen kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein einsetzen. Mobilität darf nicht vom Einkommen abhängen.

Bildung für alle

In Schleswig-Holstein entscheidet die soziale Herkunft vielfach über Erfolg oder Misserfolg in der schulischen Laufbahn. DIE LINKE tritt für ein einheitliches, gebührenfreies und demokratisches Bildungssystem ein, das allen Menschen unabhängig vom Einkommen der Eltern, der ethnischen Herkunft oder dem Geschlecht die beste Bildung ermöglicht. Das bedeutet:

Gebührenfreies und demokratisches Bildungssystem

- Einführung der Gemeinschaftsschule als alleiniger Regelschule bis zum Ende des 10. Schuljahres. Mehr Fachpersonal an die Schulen für ein breiteres Fächerangebot.
- Senkung der Klassenfrequenzen auf max. 20 Schülerinnen und Schüler.
- Abschaffung der Profil-Oberschule und der achtjährigen Gymnasialzeit (G8), Rückkehr zum Kursystem sowie zum Abi nach 13 Schuljahren.
- Wiederherstellung der großen Lernmittelfreiheit.
- Rechtsanspruch auf eine Berufsaus- oder Weiterbildung für alle Schulabsolventinnen und Schulabsolventen.
- Auch zukünftig darf es in Schleswig-Holstein keine Studiengebühren geben. Die Abschlüsse Magister und Diplom müssen weiterhin angeboten werden.
- Gebührenfreie Ganztagsplätze mit Verpflegung in Krippen-, Kindertagesstätten und Horten. Bessere Qualifizierung des Personals und Verbesserung des Betreuungsschlüssels.

Gewalt gegen Frauen stoppen, Geschlechtergleichstellung im Land voranbringen, Sexuelle Diskriminierung stoppen

Frauen sind im öffentlichen wie im privaten Bereich vielfältigen Formen von Gewalt ausgesetzt. DIE LINKE fordert landesweite Gewaltpräventionsprogramme sowie flächendeckend Beratungsstellen und Beratungstelefone für Mädchen und Frauen. Frauenhäuser müssen finanziell deutlich besser ausgestattet werden.

Beratung und Schutz für Frauen und Mädchen

- 6 → DIE LINKE wird im Landtag die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Geschlechterpolitik beantragen, um Unternehmen, Kommunen und Verwaltungen in Gleichstellungsfragen zu beraten.

**Eingetragene
Lebenspart-
nerschaften**

- DIE LINKE fordert die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Landesbeamtenrecht und die Einrichtung einer landesweiten Antidiskriminierungsstelle.

Würdiges Leben im Alter

Viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger beziehen kleinste Renten, nicht wenige von ihnen geraten in Armut. Zuzahlungen bei Medikamenten, Hilfsmitteln und Leistungen belasten sie schwer.

**Lebenslanges
Lernen
und alters-
gerechte
Wohnformen**

- Die LINKE will, dass sich die ältere Generation intensiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen kann. Der Aufbau flächendeckender Angebotsstrukturen für lebenslanges Lernen und die nachhaltige Förderung kultureller Aktivitäten sind Eckpfeiler linker Politik für Seniorinnen und Senioren.

- Wir wollen eine nicht nur symbolische Interessenvertretung der älteren Generationen und flächendeckende gebührenfreie Beratungsstellen für ältere Menschen. Wir setzen uns für ein Seniorenmitwirkungsgesetz ein.

- Häusliche Versorgung und Pflege müssen nachhaltig verbessert und vom Land gefördert werden. Dazu gehört das Angebot einer breiten Palette an Dienstleistungen ebenso wie die Entwicklung vielfältiger Wohn- und Betreuungsformen außerhalb und innerhalb der Familie.

Flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherstellen

Die medizinische Versorgung in der Fläche wird immer lückenhafter. Fachärzte sind häufig sehr schwer zu erreichen, es gibt lange Wartezeiten. Die Versorgung durch Hausärzte reicht bei weitem nicht aus. Diese Zustände werden den Ansprüchen einer guten medizinischen Versorgung längst nicht mehr gerecht.

**Öffentliche
Gesundheits-
zentren**

- DIE LINKE wird die Förderung von öffentlichen Gesundheitszentren beantragen. Dort können Fachärzte interdisziplinär und mit Hausärzten und Gemeindeschwestern vernetzt zusammenarbeiten. Damit ist eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und öffentliche Gesundheitsversorgung sichergestellt. Um eine wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten, sollen niedergelassene Hausärzte stärker unterstützt werden.

- Weiter wird DIE LINKE im Landtag beantragen, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) dauerhaft in der öffentlichen Hand zu belassen. Gesundheit ist keine Ware und darf nicht privaten Profitinteressen folgen.

HSH: Keine weiteren Milliarden verpulvern – Die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen

7

Die Krise der HSH Nordbank droht unser Land in die Pleite zu treiben. Werden die vom Land gezeichneten Bürgschaften fällig, fehlt das Geld für die nötigsten Dinge: Bei Investitionen in die Zukunft, beim Abbau sozialer Ungleichheit, in der öffentlichen Daseinsvorsorge und beim Öffentlichen Dienst. Auch den Sparkassen als kleinere Anteilseigner drohen große Verluste, die ihre Existenz gefährden. Von den Sparkassen ist die Wirtschaft mit ihren überwiegend kleinen und mittelständischen Betrieben existenziell abhängig.

- Wir werden einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit einem sehr weitgehenden Auftrag beantragen. Die Ursachen der Krise der HSH müssen aufgedeckt und die Verantwortlichen konkret benannt werden. Sie sind zur Rechenschaft zu ziehen.
- DIE LINKE im Landtag wird umgehend ein neues Sparkassengesetz auf den Weg bringen. Darin werden private Beteiligungen an den Sparkassen ausgeschlossen. Die Kontrolle der Sparkassen soll allein den jeweiligen Kommunalparlamenten und deren Ausschüssen obliegen.

HSH Skandal aufklären

Öffentliche Aufgaben gehören in die Öffentliche Hand

Öffentliche Aufgaben gehören in die Öffentliche Hand, egal ob bei der Müllentsorgung, im Gesundheitswesen, beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder bei kommunalen Bauhöfen.

- DIE LINKE im Landtag wird sich gegen weitere Privatisierungen wenden. Schwerpunkt wird darüber hinaus die baldige Rekommunalisierung der Energieversorgung sein. Hierfür sind über die Investitionsbank, Sparkassen und Genossenschaftsbanken zinsgünstige, möglichst zinsfreie Kredite zur Verfügung zu stellen.
- Wir wollen ein Ende des Stellenabbaus im Öffentlichen Dienst. Stattdessen soll das Land im Rahmen einer Ausbildungsinitiative 500 zusätzliche Stellen für Nachwuchskräfte in der Landesverwaltung schaffen und die Zahl der Groß- und Konzernbetriebsprüfer verdoppeln.

Rekommunalisierung

Erneuerbare Energien ausbauen, aus der Atom- und Kohlekraft aussteigen

DIE LINKE im Landtag wird ein Gesetz zur drastischen Reduzierung des Energieverbrauchs und die schrittweise Umstellung der Energieversorgung auf er-

8 neuerbare Energieträger innerhalb eines Jahrzehnts einbringen. Die Umweltbedingungen in Schleswig-Holstein sind dafür ideal.

**Einstieg in
erneuerbare
Energien**

→ DIE LINKE im Landtag wird beantragen, massive Anreize zu schaffen, damit die bestehenden und die neu zu gründenden Stadt- und Gemeindewerke im Laufe der Legislaturperiode wieder in die Produktion von Strom und Wärme einsteigen.

→ DIE LINKE lehnt den Bau neuer Großkraftwerke auf fossiler Basis ab. Das gilt auch für die unterirdische Verpressung von Kohlendioxid. Wir lehnen die CCS-Technologie ab.

**Atomausstieg
sofort**

→ DIE LINKE Schleswig-Holstein fordert die umgehende Stilllegung aller Atomkraftwerke im Land.

Die feste Fehmarnbeltquerung verhindern

DIE LINKE lehnt die feste Fehmarnbeltquerung ab und wird alle Möglichkeiten im Landtag nutzen, dass das Land Schleswig-Holstein sich an diesem Projekt nicht weiter beteiligt. Es schädigt nicht nur Umwelt und Tourismus, sondern wird auch langfristig tausende Arbeitsplätze in der regionalen Wirtschaft kosten.

Für eine lebendige Demokratie

DIE LINKE will eine lebendige Demokratie in Politik und Wirtschaft. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger, die Gewerkschaften und die außerparlamentarischen Kräfte an der Politik des Landes beteiligen. Eine lebendige Demokratie ist für uns das beste Mittel, faschistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen entgegenzutreten.

**Volks-
begehren &
-entscheide**

→ Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide erleichtern, auf alle politischen Ebenen ausweiten und ihre Verbindlichkeit festschreiben.

→ DIE LINKE im Landtag wird Verbesserungen des Mitbestimmungsgesetzes des Landes beantragen.

**Mit-
bestimmung**

→ Die Belegschaften öffentlicher Betriebe sind vor allen Entscheidungen, die Struktur oder Eigentumsverhältnisse der Unternehmen verändern, zu befragen. Ihr Votum soll verbindlichen Charakter bekommen.

→ Die wirtschaftliche Mitbestimmung der Personalvertretungen muss ebenfalls festgeschrieben werden.

→ Das Polizeigesetz des Landes Schleswig-Holstein muss umgehend wieder geändert werden.

Datenschutz

→ DIE LINKE will den Datenschutz stärken. Die unabhängige Landeszentrale für Datenschutz muss unterstützt und finanziell besser ausgestattet werden.

- Antifaschistische Bündnisse, internationale Begegnungen und demokratische Jugendarbeit vor Ort müssen stärker gefördert werden. Wir unterstützen die Bemühungen für ein Verbot der NPD und anderer neofaschistischer Parteien und Organisationen. 9

Für einen wirksamen Schutz von Minderheiten und Flüchtlingen

DIE LINKE setzt sich für einen wirksamen Schutz der Minderheiten ein.

- Durch eine Ergänzung des Artikels 5 der Landesverfassung sollen Roma und Sinti endlich den gleichen Schutz bekommen wie die dänische und die friesische Minderheit im Land.
- Die Dänische Minderheit soll für Ausstattung der Schulen und den Transport je Schülerin und Schüler zukünftig genauso viel Mittel vom Land erhalten wie die staatlichen deutschen Schulen.

**Roma
und Sinti**

DIE LINKE steht für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik.

- Wir fordern unter anderem die Schaffung eines Sonderkontingents von 200 zusätzlichen Plätzen in einem Resettlementprogramm zur Aufnahme traumatisierter Flüchtlinge aus Kriegsgebieten.
- Wir sind gegen Sammelunterkünfte für Flüchtlinge und für die Auflösung des Abschiebeknastes in Rendsburg. Kein Mensch, der bei uns Schutz sucht, darf abgeschoben werden.

**Trauma-
tisierte
Flüchtlinge**

Für eine konsequente Friedenspolitik

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die ohne Wenn und Aber für eine konsequente Friedenspolitik eintritt. Diese Position wollen wir auch in Schleswig-Holstein stärken. Das bedeutet für uns:

- Die zunehmende Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) muss zurückgedrängt werden. Sie führt zu einer Vermischung von militärischen und zivilen Bereichen, nicht nur im Aus- sondern auch im Inland.
- Im Bundesrat muss sich das Land Schleswig-Holstein für ein Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr einsetzen sowie für ein Verbot von Rüstungsproduktion und -exporten.
- Wir wollen in Schleswig-Holstein militärische durch zivile Einrichtungen ersetzen (Konversion).
- Statt Werbung für die Bundeswehr an Schulen und in ARGEn bzw. »Jobcentern« treten wir dafür ein, die Friedenserziehung zu einem Eckpfeiler einer demokratischen Bildungspolitik zu machen.

**Raus aus
Afghanistan**

10 **Soziale Gerechtigkeit in Schleswig-Holstein und auf Bundesebene**

**Kreise und
Kommunen
stärken**

DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ein. Die Kreistage und Kommunalparlamente benötigen einen größeren finanziellen Spielraum, der für eine lebendige Demokratie vor Ort nötig ist. Im Landtag werden wir mit Bundesratsinitiativen entsprechende Vorschläge unserer Bundestagsfraktion begleiten und unterstützen.

Dazu gehören Initiativen

- für ein gerechtes Steuersystem,
- für ein Zukunftsprogramm für mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze,
- für zukunftsfähige Industrien statt Massenentlassungen,
- für eine Vergesellschaftung der Banken statt der Finanzierung von Spekulationen,
- für die Rücknahme der Rente mit 67,
- für die Aufhebung von Hartz IV,
- für die Einführung einer bedarfsorientierten, repressionsfreien Grundsicherung.

**Vermögens-
steuer**

Allein durch die Einführung einer Vermögenssteuer hätten die Länder Steuermehereinnahmen von bis zu 90 Mrd. Euro jährlich.

Es ist Zeit für DIE LINKE

DIE LINKE ist die Alternative zur Politik der andern Parteien in Schleswig-Holstein. Wir wollen gemeinsam mit Gewerkschaften, mit Verbänden, Vereinen, Bürgerinitiativen und Religionsgemeinschaften für eine solidarische, sozial gerechte, ökologische und friedliche Politik arbeiten.

Die Lebenssituation der Menschen in diesem Land wird sich nur verbessern, wenn DIE LINKE im Landtag eine starke Opposition ist und den etablierten Parteien Dampf macht.

Wer schwarz-gelbe Politik verhindern will, wer der SPD nicht mehr glaubt und wem die grüne Unklarheit zu unsicher ist, der muss DIE LINKE stärken.

- Es ist Zeit, soziale Gerechtigkeit auf die Tagesordnung zu setzen.
- Es ist Zeit, endlich eine Arbeitsmarktpolitik zu machen, die Existenz sichernde Beschäftigung garantiert und neue Arbeitsplätze schafft.
- Es ist Zeit, den Verkehr im Land sozial und ökologisch umzugestalten.
- Es ist Zeit, alle Menschen kostenlos an Bildung teilhaben zu lassen.
- Es ist Zeit, aus der Atomkraft auszusteigen und bei der Energieerzeugung stattdessen auf erneuerbaren Quellen zu setzen.
- Es ist Zeit, neue ökologische Technologien zu fördern und den Raubbau an der Natur in Schleswig-Holstein zu beenden.

- Es ist Zeit, den Skandal um die HSH Nordbank lückenlos aufzuklären, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und das Fass ohne Boden zu stopfen.
- Es ist Zeit, dass in Landtag und Landespolitik Transparenz einzieht und nicht mehr aus Hinterzimmern heraus über die Köpfe der Menschen hinweg regiert wird.

Es ist Zeit für DIE LINKE.



Am **27.9.** DIE LINKE in den **Landtag** von Schleswig-Holstein wählen!



Und am **27.9.** DIE LINKE bei der **Bundestagswahl** stärker machen!

KONSEQUENT SOZIAL!

In den Landtag gehört endlich eine Partei,
die gegen Armut und Sozialabbau, für Arbeit
und soziale Gerechtigkeit eintritt. Deshalb
am 27. September DIE LINKE wählen.

www.die-linke-schleswig-holstein.de

DIE LINKE.